

„...die Stimme des Herzens sprechen lassen...“



4000 DEMONSTRIEREN AM HAUPTPLATZ

„Die Stimme des Herzens“ müsse jetzt sprechen, forderte der CSU Bundestagsabgeordnete Dr. Richard Jäger vor 4000 Landsbergern am 7. Januar 1951 und verlangte wie alle anderen Redner eine Begnadigung der zum Tode verurteilten Kriegsverbrecher. Der SPD-Bundesvorsitzende Kurt Schumacher befand kurz darauf: „Ein Teil grölte und tobte um die Rechtfertigung der Unmenschlichkeiten des Dritten Reichs.“ Es kam zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und jüdischen DPs.

VON MICHAELSTRASAS

Sonntag, 7. Januar 1951. 11 Uhr vormittags. Landsberg demonstriert am Hauptplatz gegen die Wiederaufnahme der Hinrichtungen im Landsberger Kriegsverbrechergefängnis. Am Freitag zuvor war die Fortführung der Hinrichtungen maßgeblichen Regierungsstellen in Bonn bekannt gegeben worden. Noch Freitagabend ging die Nachricht über den Münchner Rundfunk. Am darauffolgenden Dreikönigstag und am Sonntag Vormittag ließ die Stadtverwaltung mit Lautsprecherwagen die „Einwohner in Stadt und Land“ zur Protestkundgebung aufrufen. Bereits Wochen zuvor, am 18. November 1950 hatten sämtliche Landsberger Parteien eine Resolution verabschiedet, in der sie „die maßgebenden amerikanischen Dienststellen, die amerikanische Öffentlichkeit und besonders die amerikanischen Frauen“ aufforderten, „das Los der als Kriegsverbrecher verurteilten Deutschen im Landsberger Gefängnis“ grundlegend zu verändern: „schenkt an eurem Danksagungstage, zum Weihnachtsfest den Inhaftierten von Landsberg die Freiheit, schenkt den zum Tode Verurteilten das Leben...“ Diese Forderung sei nicht nur „eine Herzenssache der Landsberger Bevölkerung, sondern eine Herzenssache des ganzen deutschen Volkes.“

Diesem Aufruf waren denn auch 4000 Menschen, darunter zwei Vertreter des Hauses **Thurn und Taxis**, gefolgt. Neben den Bundestagsabgeordneten Staatsrat **Dr. Seelos** (Bayern-Partei) und **Dr. Richard Jäger** (CSU) waren Landtagsabgeordnete, zahlreiche Vertreter von Kirchen und Behörden erschienen. In sieben Omnibussen waren jüdische DPs aus Lechfeld gekommen, um der Demonstration für die Kriegsverbrecher eine Gedenkfeier für die 90.000 von Ohlendorf „ermordeten Brüder“ entgegenzusetzen.

Oberbürgermeister **Thoma** eröffnete die Kundgebung: „Landsberg habe durch den Vollzug der Todesurteile einen traurigen Ruhm erhalten.“ Er erinnerte an die vielfachen Bemühungen des Stadtrates, der Verwaltung, der Einwohner wie auch der politischen Parteien, „um menschliche Gerechtigkeit für die Insassen des Kriegsverbrechergefängnisses zu erreichen.“

Diese Insassen waren von amerikanischen und alliierten Gerichtshöfen in den verschiedenen Kriegsverbrecherprozessen verurteilt worden. Unter ihnen befanden sich NS-Täter unter anderem aus dem SS- und Konzentrationslagerprozeß, dem Ärzteprozeß, aus dem Prozeß der Einsatzgruppen

und Vernichtungskommandos, dem Krupp-Prozeß und dem Minister-Prozeß. Unter ihnen prominente Vertreter, wie z.B. **Ernst von Weizsäcker** oder **Graf Lutz von Schwerin-Krosigk**, der ehemalige Reichsfinanzminister Hitlers.

Die Amerikaner hatten nach dem Krieg die Landsberger Haftanstalt zum Kriegsverbrechergefängnis Nr. 1 gemacht. Hier nahm das Verbrechen seinen Anfang, als **Adolf Hitler** während seiner Festungshaft in „*Mein Kampf*“ seine verbrecherischen Plan niederschrieb, der Millionen von Menschen auf der ganzen Welt das Leben kostete. Hier sollten seine Mittäter ihre gerechte Strafe finden.

Nicht nur eine Herzenssache der Landsberger, sondern des ganzen deutschen Volkes.

Seither waren sechs Jahre vergangen. Deutschland stand vor der Wiederbewaffnung. Man gab sich selbstbewußt im Wirtschaftswunderland. Schon lange hatten sich alle möglichen gesellschaftlichen Kreise für die Begnadigung der Landsberger Kriegsverbrecher und einen endgültigen Schlußstrich unter die Vergangenheit eingesetzt. Das umstrittene Engagement der USA in Korea verschaffte revisionistischen Kräften Auftrieb. Mit dem neuen Grundgesetz war die Todesstrafe abgeschafft worden. Was also lag näher, als sich jetzt nochmals verstärkt für die Landsberger Kriegsverbrecher einzusetzen. Die offizielle Sprachregelung hatte ohnehin schon die Rechtmäßigkeit der Verurteilungen mehr und mehr in Frage gestellt. War zunächst eindeutig von „Kriegsverbrechern“ die Rede, so erhielten sie schon bald das Attribut „sogenannte“, wurden dann zu „Kriegsverurteilten“ und schließlich gar mit „Kriegsgefangenen“ gleichgesetzt.

Die bundesrepublikanische Öffentlichkeit blickte nach Landsberg. Für manche Kreise galt das WCP als ein Prüfstein dafür, wie ernst es Amerika mit der Souveränität des Juniorpartners BRD meinte.

Auch der Vatikan machte sich für die Kriegsverbrecher stark.

Am 25. Januar 1951 teilt die Apostolische Nuntiatur Stadtpfarrer **Niklas** mit, „daß der Heilige Stuhl schon seit langem sich dafür verwendet hat, daß die ganze Angelegenheit und die Rückstände von Kriegsverbrechen und von Kriegsmaßnahmen in aller Gerechtigkeit und christlicher Liebe beglichen werden.“

Welche Schritte der Papst konkret für die Verurteilten unternahm, darüber hält sich die Nuntiatur bedeckt, „Aber er hat dies schon getan zu einer Zeit, als die politische Auffassung sowohl außerhalb Deutschlands, wie der Deutsche selbst, eine derartige Intervention viel schwieriger machte.“

In einer flammenden Rede forderte der Stimmkreiskandidat der CSU, **Dr. Richard Jäger**, auf dem Hauptplatz, „daß es die Pflicht eines jeden sei, die Stimme zu erheben, wenn im Staat auch nur einer zu Unrecht verurteilt würde“. „Man mag über die Zweckmäßigkeit des Grundgesetzes, mit dem die Todesstrafe abgeschafft wurde, streiten - nicht streiten kann man aber darüber, daß andere Staaten in unserem Lande noch die Todesstrafe vollziehen.“ Derselbe **Richard Jäger** erhielt später, wegen seines Kampfes für die Wiedereinführung der Todesstrafe, den Beinamen „Kopf-ab-Jäger“.

Der Hauptredner der Kundgebung, Staatsrat **Dr. Seelos** attackierte die Nürnberger Prozesse in scharfen Angriffen und tönte unter tosendem Beifall: „Amerika hat den Anspruch verloren, sich einen Rechtsstaat zu nennen.“ Er verglich, das, was man bei den Deutschen als Verbrechen bezeichnete und ahndete und was in Korea geschieht“. Wenn man auf der einen Seite die Deutschen aufrufe zur Mitverteidigung Europas und auf der anderen Seite töte und hänge man, so sei dies nicht in Einklang zu bringen.

Die Rede von **Seelos** wurde von Zwischenrufen der jüdischen DPs unterbrochen. Die **Süddeutsche Zeitung** berichtet: „Hört man jedoch von der Landsberger Kundgebung vom 8. Januar, wo die 3000 Menschen sich nicht nur leidenschaftlich für die diskutabile Begnadigung von **Malmedy-Peiper** bis hinüber zur indiskutablen von **Einsatzgruppen von Ohlendorf** einsetzten und die Demonstranten ihre Veranstaltung zu einer erstklassigen antisemitischen Hetze ausarten ließen - mit dem trauten NS-Ruf ‚Juden raus!‘ und mit tätlichen Angriffen auf anwesende Juden -, so entbehrt das nicht eines gespenstischen, entmutigenden Zuges.“



„Man mag über die Zweckmäßigkeit des Grundgesetzes streiten...“: Dr. Richard Jäger (CSU) am Landsberger Hauptplatz.

Heinrich Sklarz vom Verein „*Deutsche Rehabilitation e.V.*“ konkretisiert den Vorfall in einem Antrag an den Deutschen Bundestag:

Die Redner zugunsten Ohlendorf und Genossen wurden von den, zu einer Gedächtnisfeier für die von Ohlendorf ermordeten 90.000, versammelten Juden durch Zwischenrufe wie: „Diese Massenmörder“, „diese Blutsäufer“, unterbrochen. Daraufhin griff die mutige Polizei ein und verschaffte diesen Zwischenruffern die *Wiedergutmachung mit dem Gummiknüppel*.

Einer der Geschlagenen fragte: „Warum schlagen Sie mich?“ „Ich habe wohl ein Recht darauf, Massenmörder zu rufen, denn meine 14 Angehörigen sind alle von Ohlendorf umgebracht worden.“

Die geistreiche Antwort des Polizisten war: „Geh nach Palästina“.

In einem Sonderdruck der **Landsberger Nachrichten** vom 11. Januar 1952 wendet sich der Ortsverband und die Stadtratsfraktion der CSU „*Gegen die Verunglimpfung der Stadt Landsberg und ihrer Bevölkerung*“: Es sei „*gelinde gesagt, eine Un-*

verschämtheit“, was **Sklarz** in Bezug auf die Kundgebung behauptet. „*Herr Sklarz kam mit seinen Omnibussen angerauscht und wollte eine Demonstration, eine ‚Gedächtnisfeier für die 90.000 von Ohlendorf ermordeten Juden‘ halten. Diese Demonstration war weder angemeldet, noch beabsichtigt. Beabsichtigt war aber seitens des Herrn Sklarz eine Sprengung der Kundgebung.*“

Stadtrat **Dr. Hoeglauer** protestierte in einem Brief gegen die Darstellung der *Süddeutschen Zeitung*:

„Keine Rede kann davon sein, daß die Demonstranten ihre Kundgebung zu einer erstklassigen antisemitischen Hetze ausarten ließen. Der NS-Ruf ‚Juden raus!‘ ist nirgends gehört worden... Die einheimische Bevölkerung hat trotz der provozierenden Haltung der DP-Angehörigen eine mustergültige Disziplin an den Tag gelegt. Der gute Ablauf der Kundgebung war ihrer sicheren Leitung durch den Oberbürgermeister der Stadt, der Sachlichkeit der Redner und dem zielbewußten Einsatz der Polizeikräfte zu danken.“

Die **Landsberger Nachrichten** berichten weiter:

„In Ruhe und Ordnung zerstreuten sich gegen 13 Uhr die Teilnehmer der Kundgebung und die DP's, die wohl nur das eine Ziel im Auge gehabt haben, die Protestkundgebung zu stören oder zu sprengen oder Kundgebungsteilnehmer zu Ausschreitungen zu veranlassen, aus welchem sie wieder Geschäfte gezogen hätten... **Um aber der Protestkundgebung auch einen äußerlichen Nachdruck zu geben, hat die Faschingsgesellschaft beschlossen, die für den Sonntag abends angesetzt gewesene Inthronisation des Faschingsprinzenpaares ausfallen zu lassen und auf kommenden Mittwoch zu verlegen. Mit diesem Beschluß bekommt die würdige und ernste Protestkundgebung gegen die Wiederaufnahme der Hinrichtungen eine bedeutungsvolle Unterstreichung, die nicht übersehen werden kann.**“

Am **31. Januar** geben der amerikanische Hochkommissar **McCloy** und der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland, General **Thomas T. Handy**